



GEMEINDE OBERSONTHEIM  
- Landkreis Schwäbisch Hall -

**Satzung über die  
Erhebung von  
Verwaltungsgebühren  
(Verwaltungsgebührensatzung)**

Aufgrund von § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) und §§ 2 und 11 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) hat der Gemeinderat der Gemeinde Obersontheim die Verwaltungsgebührensatzung am **24.07.2024**, veröffentlicht im Mitteilungsblatt vom Nr. 31 am 01.08.2024, beschlossen:

## **§ 1** **Gebührenpflicht**

Die Gemeinde Obersontheim erhebt für öffentliche Leistungen, die sie auf Veranlassung oder im Interesse Einzelner vornimmt, Gebühren nach dieser Satzung (Verwaltungsgebühren), soweit nicht Bundesrecht oder Landesrecht etwas anderes bestimmen. Unberührt bleiben Bestimmungen über Verwaltungsgebühren in besonderen Gebührensatzungen der Gemeinde.

## **§ 2** **Gebührenfreiheit**

- 1) Verwaltungsgebühren werden **nicht erhoben** für öffentliche Leistungen, die folgende Angelegenheiten betreffen:
  - a) Gnadensachen,
  - b) das bestehende oder frühere Dienstverhältnis von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes,
  - c) die bestehende oder frühere gesetzliche Dienstpflicht oder die bestehende oder frühere an Stelle der gesetzlichen Dienstpflicht geleistete Tätigkeit,
  - d) Prüfungen, die der beruflichen Aus- und Weiterbildung dienen, mit Ausnahme von Prüfungen zur Notenverbesserung,
  - e) Leistungen geringfügiger Natur, insbesondere mündliche und einfache Auskünfte, soweit bei schriftlichen Auskünften nicht durch diese Satzung etwas anderes bestimmt ist,
  - f) die behördliche Informationsgewinnung,
  - g) Verfahren, die von der Gemeinde Obersontheim ganz oder überwiegend nach den Vorschriften der Abgabenordnung durchzuführen sind, mit Ausnahme der Entscheidung über Rechtsbehelfe.

- 2) Von der Entrichtung der Verwaltungsgebühren sind, soweit Gegenseitigkeit besteht, befreit:
- a) das Land Baden-Württemberg,
  - b) die landesunmittelbaren juristischen Personen des öffentlichen Rechts, die nach den Haushaltsplänen des Landes für Rechnung des Landes verwaltet werden,
  - c) die Gemeinden, Landkreise, Gemeindeverbände und Zweckverbände sowie Verbände der Regionalplanung in Baden-Württemberg.

Die Befreiung tritt nicht ein, soweit die in Satz 1 Genannten berechtigt sind, die Verwaltungsgebühren Dritten aufzuerlegen oder sonst auf Dritte umzulegen.

- 3) Weitere spezialgesetzliche Gebührenbefreiungstatbestände bleiben unberührt.

### **§ 3**

#### **Gebührensschuldner**

- 1) Zur Zahlung der Verwaltungsgebühren und Auslagen ist derjenige verpflichtet,
- 1. dem die öffentliche Leistung zuzurechnen ist,
  - 2. der die Gebühren- und Auslagenschuld der Gemeinde gegenüber durch schriftliche Erklärung übernommen hat,
  - 3. der für die Gebühren- und Auslagenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet.
- 2) Mehrere Gebühren- und Auslagenschuldner haften als Gesamtschuldner.

### **§ 4**

#### **Gebührenhöhe**

- 1) Die Höhe der Verwaltungsgebühren richtet sich nach dem dieser Satzung beigefügten Gebührenverzeichnis. Das Gebührenverzeichnis ist Bestandteil der Satzung. Für öffentliche Leistungen, für die im Gebührenverzeichnis weder eine Verwaltungsgebühr bestimmt noch Gebührenfreiheit vorgesehen ist, ist eine Gebühr von **2,-- EUR** bis **2.500,-- EUR** zu erheben.
- 2) Ist eine Verwaltungsgebühr nach dem Wert des Gegenstandes zu berechnen, so ist der Verkehrswert zur Zeit der Beendigung der Leistung maßgebend. Der Gebührenschuldner hat auf Verlangen den Wert des Gegenstandes nachzuweisen. Bei Verweigerung oder ungenügender Führung des Nachweises hat die Behörde den Wert auf Kosten des Gebührenschuldners zu schätzen. Sie kann sich hierbei Sachverständiger bedienen.

- 3) Wird der Antrag auf Erbringung einer öffentlichen Leistung abgelehnt, wird eine Verwaltungsgebühr in Höhe von einem Zehntel, mindestens **2,-- EUR**, erhoben. Wird der Antrag ausschließlich wegen Unzuständigkeit abgelehnt, wird keine Gebühr erhoben. Eine Gebühr kann in Fällen nach Satz 1 nicht erhoben werden, wenn die Erbringung der öffentlichen Leistungen nach Umweltverwaltungsgesetz (UVwG) erfolgen sollte.
- 4) Wird der Antrag auf Erbringung einer öffentlichen Leistung, mit dessen sachlicher Bearbeitung begonnen ist, vor Erbringung der öffentlichen Leistung zurückgenommen oder unterbleibt die öffentliche Leistung aus sonstigen, vom Schuldner zu vertretenden Gründen, so wird ein Zehntel der vollen Gebühr erhoben. Die Mindestgebühr beträgt **2,-- EUR**. Eine Gebühr kann in Fällen nach Satz 1 nicht erhoben werden, wenn die Erbringung der öffentlichen Leistungen nach Umweltverwaltungsgesetz (UVwG) erfolgen sollte.

## **§ 5**

### **Entstehung der Gebühr**

- 1) Die Gebührenschuld entsteht mit der Beendigung der öffentlichen Leistung.
- 2) Bei Zurücknahme eines Antrages nach § 4 Abs. 5 dieser Satzung entsteht die Gebührenschuld mit der Zurücknahme, in den anderen Fällen des § 4 Abs. 4 Satz 1 dieser Satzung mit der Beendigung der öffentlichen Leistung.

## **§ 6**

### **Fälligkeit, Zahlung**

- 1) Die Verwaltungsgebühr wird durch schriftlichen oder mündlichen Bescheid festgesetzt und ist mit der Bekanntgabe der Gebührenfestsetzung an den Schuldner fällig.
- 2) Die Erbringung einer öffentlichen Leistung, die auf Antrag erbracht wird, kann von der Zahlung eines Vorschusses oder von der Leistung einer Sicherheit bis zur Höhe der voraussichtlich entstehenden Gebühren und Auslagen abhängig gemacht werden. Dem Antragsteller ist eine angemessene Frist zur Zahlung des Vorschusses oder zur Leistung der Sicherheit zu setzen. Die Gemeinde Obersontheim kann den Antrag als zurückgenommen behandeln, wenn die Frist nicht eingehalten wird und der Antragsteller bei der Anforderung des Vorschusses oder der Sicherheitsleistung hierauf hingewiesen worden ist.
- 3) Ausfertigungen, Abschriften sowie zurückzugebende Urkunden, die aus Anlass der öffentlichen Leistung eingereicht worden sind, können bis zur Bezahlung der festgesetzten Gebühren und Auslagen zurückbehalten werden.

## **§ 7** **Auslagen**

- 1) In der Verwaltungsgebühr sind die der Gemeinde Obersontheim erwachsenen Auslagen inbegriffen. Übersteigen die Auslagen das übliche Maß erheblich, werden sie gesondert in der tatsächlich entstandenen Höhe festgesetzt. Dies gilt auch dann, wenn für eine öffentliche Leistung keine Gebühr erhoben wird.
- 2) Auslagen nach Absatz 1 Satz 2 sind insbesondere
  - a) Gebühren für Telekommunikation
  - b) Reisekosten
  - c) Kosten öffentlicher Bekanntmachungen
  - d) Vergütungen für Zeugen und Sachverständige sowie sonstige Kosten der Beweiserhebung
  - e) Vergütungen an andere juristische oder natürliche Personen für Leistungen und Lieferungen
  - f) Kosten der Beförderung und Verwahrung von Personen und Sachen.
- 3) Auf die Erstattung von Auslagen sind die für Verwaltungsgebühren geltenden Vorschriften entsprechend anzuwenden. Der Anspruch auf Erstattung der Auslagen entsteht mit der Aufwendung des zu erstattenden Betrags.

## **§ 8** **Schlussvorschriften**

- 1) Diese Satzung tritt **am 01.08.2024** in Kraft.
- 2) Zu gleicher Zeit treten die Verwaltungsgebührenordnung vom 20.03.2019 und alle sonstigen dieser Satzung entsprechenden oder widersprechenden Vorschriften außer Kraft.

Obersontheim, den 24.07.2024  
Stephan Türke

Bürgermeister

## Hinweis nach § 4 Absatz 4 GemO

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder aufgrund der GemO erlassenen Verfahrensvorschriften beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Satzung, die Genehmigung oder Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.

Obersontheim, den 24.07.2024  
Stephan Türke

Bürgermeister

### Gebührenverzeichnis

#### Anlage zur Verwaltungsgebührensatzung

Lfd. Nr.	Amtshandlung	Gebühr in €
1	<b>Allgemeine Verwaltungsgebühr</b> (§4 Abs. 1 Satz 3 der Satzung)	<b>2,-- bis 2.500,-- EUR</b>
2	<b>Anträge</b>	
2.1	Bearbeitung von mündlichen und schriftlichen Anträgen, Erklärungen, Gesuchen und dergl., die von der Gemeinde nicht in eigener Zuständigkeit zu bescheiden sind, soweit die Mitwirkung der Gemeinde nicht vorgeschrieben oder angeordnet ist	<b>60,- € pro angefangene Stunde</b>
2.2	Ablehnung eines Antrags usw. (§4 Abs. 4 Satz 1 der Satzung):  Bei Unzuständigkeit gebührenfrei	<b>10 % der anfallenden Gebühr</b>
2.3	Zurücknahme eines Antrags	<b>10 % der anfallenden Gebühr</b>
3	<b>Auskünfte insbesondere aus Akten und Büchern oder Einsichtnahme in solche</b> (mündliche Auskünfte sind gebührenfrei)	<b>15,00 € pro Zeiteinheit (ZE)</b>
4	<b>Befreiung</b> (Ausnahmebewilligung, Dispens) von gesetzlichen Vorschriften oder gemeindlichen Bestimmungen	<b>12,- € pro Befreiung</b>
5	<b>Beglaubigung, Bestätigungen</b>	

5.1	Amtliche Beglaubigung von Unterschriften, Handzeichen und Siegeln. Werden mehrere Unterschriften gleichzeitig in einer Urkunde beglaubigt oder wird die Unterschrift einer Person mehrfach auf verschiedene Urkunden, aber aufgrund eines gleichzeitig gestellten Antrags beglaubigt, so kommt nur für jede weitere Hälfte der für die erste Gebühr, für jede weitere Hälfte der für die erste erhobenen Gebühr zum Ansatz.	<b>23,80 € (inkl. USt) pro Beglaubigung</b>
5.1.1.	Für ortsansässige Vereine	<b>Kostenfrei</b>
5.2	Bestätigung der Unterschrift: Reisevollmacht für Kinder und Jugendliche	<b>10,- € pro Bestätigung</b>
5.3	Amtliche Beglaubigungen der Übereinstimmung von Abschriften, Auszügen, Niederschriften, Ausfertigungen, Fotokopien usw. aus amtlichen Akten oder privaten Schriftstücken mit der Unterschrift je Seite	<b>6 € pro Seite</b>
5.4	Für Personen ohne eigenes Einkommen	<b>1,-- EUR</b>

<b>6</b>	<b>Bescheinigungen</b>	
6.1	Bestätigungen, Zeugnisse, Atteste, Ausweise aller Art (auch Zweit- und Mehrfertigungen, soweit nichts anderes bestimmt ist)	<b>4,- € pro Bescheinigung</b>
6.2	Gebührenfrei sind Bestätigungen, die die Gemeinde für den Empfang und die Verwendung von Zuwendungen für steuerbegünstigte Zwecke im Sinne des Einkommen- und Körperschaftssteuerrechts (z.B. §§ 10b EStG, 9 Nr. 3 KStG) ausstellt (Spendenbescheinigung)	

7	<b>Genehmigungen, Erlaubnisse, Zulassungen</b> , Konzessionen, Bewilligungen, Sondernutzungen und Verkaufsveranstaltungen und dergl. aller Art, soweit nichts anderes bestimmt ist	<b>15,- € pro Zeiteinheit (ZE)</b>
8	<b>Rechtsbehelfe</b> (Widerspruch, Einspruch in Wahlanfechtungsverfahren, Gegenvorstellung, usw.)	
8.1	Wenn die Rechtsbehelfe im Wesentlichen als unzulässig oder unbegründet zurückgewiesen werden oder wenn die Gebühr einem Gegner auferlegt werden kann, der die angefochtene Verfügung oder Entscheidung beantragt hat	<b>60,- € pro angefangene Stunde</b>
8.2	Bei Zurücknahme der Rechtsbehelfe, wenn kein Grund vorliegt, von einem Gebührensatz abzusehen (§ 4 Abs. 4 Satz 3 der Satzung)	10 % der Gebühr nach 8.1. mindestens <b>2,- €</b>

9	<b>Anfertigung von Kopien</b>	
9.1	Für Ablichtungen (Fotokopien) werden erhoben:	
9.1.1	Bei einem Format bis zu DIN A4	<b>2,30 € pro Seite</b>
9.1.2	Bei einem Format DIN A3	<b>3,60 € pro Seite</b>
9.1.3	Kosten pro Kopie bei Selbstkopierung Bei einem Format bis zu DIN A4 Bei einem Format DIN A3	<b>-,30 € pro Seite</b> <b>-,60 € pro Seite</b>
9.1.3.1	Für ortsansässige Vereine	<b>Kostenfrei (max. 20 Seiten)</b>
9.1.4	Kosten pro Auszug aus dem GEO-Portal Bei einem Format bis zu DIN A4 Bei einem Format DIN A3	<b>15,30 € pro Auszug</b> <b>15,60 € pro Auszug</b>
10	<b>Baugesetzbuch</b> Die Ausstellung eines Negativzeugnisses nach § 28 Abs. 1 BauGB (Nichtausübung oder Nichtbestehen des Vorkaufsrechts)	<b>20,- € pro Auszug</b>
11	<b>Bauordnungsrecht</b>	
11.1	Bestätigung des Zeitpunkts des Eingangs der vollständigen Bauvorlagen im Kenntnissgabeverfahren (§ 53 Abs. 5 Nr. 1 LBO)	<b>0,5 Promille</b> der Bau bzw. Abbruchkosten
11.2	Mitteilung nach § 53 Abs. 6 LBO (Unvollständigkeit der Unterlagen)	<b>56,- € pro Mitteilung</b>

11.3	Benachrichtigung der Angrenzer und Nachbarn (§ 55 LBO)	<b>7,- € pro Nachbar</b>
11.4	Auskunft aus dem Baulastenverzeichnis	<b>14,- € pro Auskunft</b>
11.5	Erteilung von Befreiungen zu Bauanträgen	<b>15,- € pro Zeiteinheit (ZE)</b>
12.	<b>Bestattungsrecht</b>	
12.1	Ausstellung eines Leichenpasses (§§ 44 und 45 Bestattungsgesetz)	<b>30,- € pro Fall</b>
12.2	Unbedenklichkeitsbescheinigung für Feuerbestattung (§ 16 Abs. 2 Nr. 2 Bestattungsverordnung)	<b>17,- € pro Fall</b>
13	<b>Fischereischeine</b>	
13.1	Erstmalige Erteilung von Fischereischeinen einschließlich Ersatzfischereischeinen (§§ 31, 32 FischG): Auf Lebenszeit (10 Jahre) oder 5 Jahre	<b>30,- € Bearbeitungsgebühr für die erstmalige Beantragung</b>
13.2	Verlängerung des Fischereischeins um 10 Jahre oder 5 Jahre	<b>20,- € Bearbeitungsgebühr für die Verlängerung</b>
13.3	Ausstellung eines Jugendfischereischeines	<b>10,- € Bearbeitungsgebühr für die erstmalige Beantragung</b>
13.4	Einziehung der Fischereiabgabe ( §§ 35, 36 FischG) bei Fischereischeinen auf Lebenszeit	<b>12 € pro Jahr nach Landesfischereiverordnung (LFischVO)</b>

14	<b>Gewerbesachen</b>	
14.1	Schankerlaubnis	<b>15,- € pro Erlaubnis</b>
14.1.1	Für ortsansässige Vereine	<b>Kostenfrei</b>
14.2	Gewerbeanmeldung Gewerbeabmeldung, -ummeldung	<b>30,- € pro Anmeldung 20,- € pro Abmeldung/Ummeldung</b>
14.3	<b>Erteilung von Auskünften aus der Gewerbedatei:</b>	
14.3.1	Einfache Auskunft	<b>11,- € pro Auskunft</b>
14.3.2	Erweiterte Auskunft	<b>15,- € pro Auskunft</b>
14.3.3	Negativauskunft	<b>10,- € pro Auskunft</b>
14.4.	<b>Spiele</b>	
14.4.1	Erlaubnis zur Aufstellung von Spielgeräten mit Gewinnmöglichkeit (§ 33 c Abs. 1 GewO)	<b>250,- € pro Erlaubnis</b>
14.4.2	Bestätigung der Geeignetheit des Aufstellungsortes gemäß § 33 c Abs. 3 GewO	<b>92,- € pro Bestätigung</b>
15	<b>Geschäftsstelle des Gutachterausschusses</b>	

15.1	Auskunft aus der Kaufpreissammlung	<b>Gebührensatz gilt nach der jeweils für Obersontheim gültigen Gutachterausschussgebührensatzung</b>
15.2	Auskunft über Bodenrichtwerte	<b>Gebührensatz gilt nach der jeweils für Obersontheim gültigen Gutachterausschussgebührensatzung</b>
16	<b>Melderecht</b>	
16.1	Auskünfte aus dem Melderegister	
16.1.1	Einfache Auskunft (§ 44 BMG)	<b>11,- € pro Auskunft</b>
16.1.2	Erweiterte Auskunft (§ 45 BMG)	<b>17,- € pro Auskunft</b>
16.1.3	Gruppenauskunft (§§ 46, 50 Abs. 1, 2 und 3 BMG)	<b>3,- € pro Person</b>
16.2	Sonstige Bescheinigungen der Meldebehörde	
16.2.1	Einfach schriftliche Meldebescheinigung (§ 18 Abs. 1 Satz 2 BMG)	<b>11,- € pro Bescheinigung</b>
16.2.2	Erweiterte schriftliche Meldebescheinigung (§ 18 Abs. 2 BMG) je Bescheinigung	<b>14,- € pro Bescheinigung</b>
16.3	Sonstige Amtshandlungen der Meldebehörde	<b>15,- € pro Zeiteinheit (ZE)</b>

16.4	<b>Gebührenfrei</b> sind insbesondere:	
16.4.1	Die Bearbeitung einer Meldung oder Anzeige sowie die Meldebestätigung (§24 Abs. 2 BMG)	
16.4.2	Die Auskunft an den Betroffenen (§ 10 BMG)	
16.4.3	Die Berichtigung und Ergänzung des Melderegisters (§§ 12 und 6 Abs. 1 Satz 1 BMG)	
16.4.4	Die Löschung von Daten und Hinweisen (§§ 14 und 15 BMG)	
16.4.5	Die Unterrichtung des Betroffenen über die zu seiner Person erteilten erweiterten Melderegisterauskünfte (§ 45 Abs. 2 BMG)	
16.4.6	Die Einrichtung von Übermittlungssperren nach § 36 Abs. 2, § 42 Abs. 3 Satz 2 und § 50 Abs. 5 BMG sowie von Auskunftssperren nach § 51 BMG und bedingten Sperrvermerken nach § 52 BMG	
16.4.7	Die Abgabe von Erklärungen nach § 44 Abs. 3 Satz 2 BMG	
16.4.8	Datenübermittlungen und Auskünfte zwischen den Meldebehörden nach § 33 BMG	
16.4.9	Datenübermittlungen und Auskünfte an andere öffentliche Stellen im Inland nach § 34 BMG	
16.4.10	Die Auskunft an den Wohnungsgeber nach § 50 Abs. 4 BMG	
18	<b>Ordnungsrechtliche Genehmigungen</b>	
18.1	Straßenrechtliche Sondernutzung Erteilung der Erlaubnis zur Benutzung einer Straße über den Gemeingebrauch hinaus	<b>15,- € pro Zeiteinheit (ZE)</b>
18.2	Verkürzung der Sperrzeit an einzelnen Tagen für einzelne Betriebe	<b>30,- € pro Erlaubnis</b>
18.3	Feuerwerksgenehmigungen	<b>12,- € pro Erlaubnis</b>
18.4	<b>Plakatierungserlaubnis</b>	<b>20,- € pro Erlaubnis</b>
18.4.1	Für ortsansässige Vereine	<b>Kostenlos</b>

19	<b>Standesamt</b> Gebührenpflichtige Tatbestände § 7 Abs. 2 Satz 2 Gesetz zur Ausführung des Personenstandsgesetzes	
19.1	<b>Amtshandlungen im Kirchenaustrittsverfahren</b> , je Person	<b>33,- € pro Person</b>
19.2	Eheschließungen in sonstigen Einrichtungen (außerhalb des Standesamtes)	
19.2.1	Während der Öffnungszeiten Schloss / Hospital	<b>45,- €</b>
19.2.2	Außerhalb der Öffnungszeiten Schloss / Hospital	<b>155,- €</b>